



## Resolution der Grünen Mittelfranken

Beschlossen vom erweiterten Bezirksvorstand am 04.07.2014

### Verantwortbare Preise und ein übersichtliches Tarifgefüge

Wir Grüne Mittelfranken halten es für politisch geboten, die Fahrpreise des öffentlichen Nahverkehrs zu senken, um die Attraktivität des VGN zu steigern und niemanden von dem Mobilitätsangebot auszuschließen. Dazu gehört auch ein einfaches und überschaubares Tarifsystem.

Der VGN verbindet immer mehr Orte in der Metropolregion und stellt damit den Kern unseres ÖPNV dar. Für umweltbewusste wie für finanziell schwächer gestellte MitbürgerInnen ist der ÖPNV unverzichtbar, viele sind darauf angewiesen.

Alljährlich zum Jahreswechsel gibt es Fahrpreiserhöhungen, seit 2012 begleitet von Umstrukturierungen im Tarifgebiet, was zu weit mehr als den bisher üblichen Preiserhöhungen führte. Der Fürther Stadtrat hat zunächst mit den Stimmen von SPD und CSU dem nächsten Preisschritt zum 1.1. 2015 zugestimmt, der Nürnberger Stadtrat beschloss unerwartet (immerhin waren Kommunalwahlen) doch auf den geplanten Schritt mit 7,21% Erhöhung zu verzichten und vorerst „nur“ um 3% zu erhöhen. Die Preisentwicklung in Fürth ist beispiellos: seit 1.1.2012 gilt nicht mehr der Kurzstreckentarif für das gesamte Stadtgebiet. Stufenweise wurde bzw. wird über den Z- Tarif nun für 2015 die neue Tarifzone B eingeführt. Dies entspricht einer Erhöhung um 43% bei Einzelfahrscheinen und 66% bei Mobicards.

Die mittelfränkischen Grünen fordern ein Umkehren der Preispolitik. Im Interesse einer gesunden Umwelt und hohen Lebensqualität muss ein öffentlicher Personennahverkehr so ausgestaltet werden, dass die VerkehrsteilnehmerInnen freiwillig vom PKW auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen. Attraktive Angebote und vor allem günstige Preise im öffentlichen Nahverkehr führen auf Dauer zu einer besseren Auslastung. Das hat die Stadt Wien bewiesen, wo das Ticket im Jahresabo einen Euro pro Tag kostet.

Die Grünen fordern den VGN auf, ein Konzept auf einer vergleichbaren Grundlage zu entwickeln und ebenso die Frage von Semestertickets für StudentInnen, Ermäßigungen für SchülerInnen sowie Sozialticket konkret anzupacken. Denn viele Menschen, die über keinen eigenen PKW verfügen, sind auf die Öffentlichen angewiesen. Die Tarifierhöhungen treffen daher vor allem die sozial Schwachen.